



**mouvement
écologique**

Luxemburger Klimaschutzgesetz weiterhin ein zahnloser Tiger. Mouvement Ecologique erwägt rechtliche Schritte!

Vor genau 6 Monaten - am 15. Dezember 2020 - trat das neue Klimaschutzgesetz für Luxemburg in Kraft. Seitens der Regierung wurde es als zukunftsweisendes Gesetz gepriesen, das den Weg für einen wirksamen Klimaschutz im Sinne des Pariser Abkommens ebnen sollte.

Nur wenige Dossiers spiegeln jedoch auf derart eindrucksvolle Art und Weise wider, wie sehr Ankündigungen und Wirklichkeit in der Politik auseinanderliegen können.

Denn: 6 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes liegt das wesentliche Ausführungsreglement des Gesetzes noch immer nicht vor. **Ohne dieses ist das Gesetz jedoch ein zahnloser Tiger!**

Zur Erinnerung: Das zentrale Ziel des Gesetzes bestand darin, CO₂-Einsparungen von 55% bis 2030 sowie die Klimaneutralität bis spätestens 2050 festzuschreiben.

Nicht im Gesetz verankert wurde, was dieses globale Ziel für die einzelnen Sektoren – Transport, Wohnen, Landwirtschaft, Industrie, Abfall- und Gewässerwirtschaft – bedeutet. Konkrete und spezifische Zielvorgaben (und entsprechende Verbindlichkeiten) für die einzelnen Sektoren gibt es demnach (noch immer) nicht!

Während Nichtregierungsorganisationen darauf drängten, diese sektoriellen Reduktionsziele im Gesetz *selbst* festzuschreiben, entschieden sich die Regierung und die Mehrheitsparteien beim Votum des Gesetzes dafür, dies lediglich mittels großherzoglichem Reglement zu tun. Dabei lag der Entwurf des entsprechenden Reglements beim Votum in der Abgeordnetenkammer nicht einmal vor!

Nichtregierungsorganisationen, wie der Mouvement Ecologique, wehrten sich ohne Erfolg gegen diese Vorgehensweise. Die Gründe, warum die Ziele nicht bereits im Gesetz verankert wurden und auch kein Reglementsentwurf vorlag, lagen auf der Hand, auch wenn dies nicht in der Form zugegeben wurde: **Es gab keinen Konsens in der Regierung, welches Ressort welchen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss.**

Nun, 6 Monate nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, liegt weiterhin kein, der Öffentlichkeit bekannter, Reglementsentwurf vor! **Die Analyse liegt auf der Hand: es ist noch immer nicht gelungen, innerhalb der letzten 6 Monate einen Konsens herzustellen, welcher Sektor welchen Beitrag leisten**

soll. Eine äußerst alarmierende Situation, wenn man bedenkt, dass der Sonderbericht des Weltklimarats 2018 ein Zeitfenster von 10 Jahren angab, um die Ziele des Pariser Abkommens einzuhalten. Man kann nun behaupten, diese Verzögerung der Ausarbeitung der sektoriellen Ziele sei de facto irrelevant. Die verschiedenen Ministerien hätten über die letzten Jahre ja eh bereits ihre Arbeit in punkto Klimaschutz aufgenommen. Die rezent von der EU veröffentlichten Zahlen sagen jedoch genau das Gegenteil aus. So sind die Treibhausgasemissionen im Jahr 2019 in Luxemburg um 1,7% gestiegen. Ein Trend, der sich seit 2016 bestätigt, so ein Bericht der Europäischen Umweltagentur.

Somit fällt das Klimaschutzgesetz in sich zusammen, denn wenn nicht gewusst ist, wer wieviel einsparen soll, wird es auch nicht gelingen, die global gesetzten Ziele zu erreichen!

Spannend wird sein, wie die Regierung Ende dieses Jahres - so wie es das Gesetz vorschreibt - analysieren will, ob die Sektoren ihre (noch nicht festgelegten) Ziele erreicht haben?! Noch spannender wird sein, wie die Bestimmung 4 von Art. 5 des Gesetzes umgesetzt wird. Diese besagt, dass, wenn ein Ressort seine Ziele nicht erreicht hat, mit einem anderen Ressort verhandelt werden soll, ob dieses seinerseits bereit wäre die nicht erreichten Reduktionen des betroffenen Ressorts zu übernehmen (eine in den Augen des Mouvement Ecologique abstruse Bestimmung) (*).

Es wird wohl somit der politischen Kreativität obliegen, wie die Nicht-Einhaltung nicht gesetzter Ziele dargestellt werden kann und wie die Verhandlungen über die Neu-Verteilung von „nicht festgelegten“ und „nicht erreichten“ Zielen zwischen Ressorts ohne Datenbasis erfolgen kann...

Es liegt wohl in der Konsequenz einer mangelhaften Herangehensweise, dass **auch andere Punkte des Klimagesetzes noch nicht umgesetzt** wurden: Bis dato wurde weder der gesetzlich vorgesehene wissenschaftliche Beirat („*Observatoire de la politique climatique*“) noch ein Begleitgremium der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Ziele des Gesetzes („*plateforme pour l'action climat et la transition énergétique*“) eingesetzt.

Der Mouvement Ecologique erkennt durchaus an, dass u.a. das Energie- und das Umweltministerium Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes in die Wege geleitet haben und z.B. mit dem „pacte climat 2.0“ ein wichtiger Rahmen für das Engagement der Gemeinden geschaffen wurde.

Aber: Kein Weg führt an der Feststellung vorbei, dass die Regierung als solche den Anforderungen des Klimaschutzgesetzes bis dato keineswegs gerecht wird. Die notwendige Transition der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems wurde noch nicht im erforderlichen Ausmaß angegangen. Dabei ist gewusst: jedes verlorene Jahr wird dazu führen, dass die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, immer tiefgreifender sein müssen und die Folgekosten einer verpassten Transition nicht zu verantworten sind, auch auf wirtschaftlicher Ebene.

Die Politik muss endlich klären, welche Sektoren welchen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu leisten haben. Die ehrgeizigen und notwendigen Ziele lassen sich nämlich nicht nur durch „good-will“ Aktionen erreichen, sondern erfordern weitaus konsequenteres Handeln.

Der Mouvement Ecologique drängt darauf, dass die Regierung noch vor den Sommerferien den Entwürfe des Reglementes vorlegt, zur Diskussion stellt und verabschiedet. Eine weitere zeitliche Verzögerung ist nicht mehr hinnehmbar!

Der Mouvement Ecologique hat eine erste juristische Analyse durchführen lassen über die Frage, ob eine weitere Verzögerung wegen Nicht-Einhaltung der Klimaziele vor Gericht gebracht werden kann. Aufgrund der positiven Analyse erwägt der Mouvement Ecologique derzeit entsprechende rechtliche Schritte.

Mouvement Ecologique asbl
18. Juni 2021

() Art. 5. Objectifs climatiques sectoriels*

(1) Les objectifs de réduction des émissions sont fixés dans les secteurs suivants :

- 1° industries de l'énergie et manufacturières, construction ;*
- 2° transports ;*
- 3° bâtiments résidentiels et tertiaires ;*
- 4° agriculture et sylviculture ;*
- 5° traitement des déchets et des eaux usées.*

L'annexe II délimite les secteurs visés à l'alinéa 1^{er}

(2) Un règlement grand-ducal détermine les allocations d'émissions annuelles des secteurs visés à l'article 5, paragraphe 1^{er}, pour une première période allant jusqu'au 31 décembre 2029. Ces allocations d'émissions annuelles sont fixées pour chaque période subséquente de dix ans par voie de règlement grand-ducal à prendre avant le début de la période donnée.

Les allocations d'émissions annuelles seront déterminées :

- 1° de façon à ce que les émissions de ces secteurs diminuent de manière régulière et continue selon le mécanisme visé à l'article 4 du [règlement \(UE\) 2018/842](#) précité ;*
- 2° en tenant compte du potentiel de réduction des différents secteurs ;*
- 3° en fonction de l'impact social, économique et budgétaire.*

(3) Le ministre ayant le climat dans ses attributions, dénommé ci-après le « ministre », comptabilise les émissions des secteurs.

(4) Dans la mesure où il résulte du bilan visé au paragraphe 3 que les émissions dans un secteur dépassent ou n'atteignent pas la quantité d'émissions disponible sur une période d'un an, la différence est reportée sur la quantité d'émissions disponible du même secteur pour l'année suivante de la ou des périodes visées au paragraphe 2.

Sous réserve que les objectifs nationaux de réduction des émissions soient atteints et dans la mesure où les émissions comptabilisées d'un secteur n'atteignent pas la quantité d'émission disponible pour ce secteur en vertu du paragraphe 2, la différence peut être portée au crédit d'un autre secteur dont les émissions comptabilisées dépassent les émissions disponibles.